

Und nun die Sozialkrise

**Die globale Wirtschaftskrise könnte sich zur Welt-Sozialkrise entwickeln /
Allerorten sind nach dem Lehman-Crash vom 15.9.2008 Arbeitslosigkeit und
Armut gestiegen / Ein 5. Krisen-Blog ***

BERLIN/PARIS – 19.9.2009 (khd/d-radio/sp). Im Zuge der Weltwirtschaftskrise II bewegen wir uns jetzt auch in Europa auf eine Sozialkrise zu. Das erwartet u. a. der Internationale Währungsfonds (IWF). Trotz Kurzarbeitsgeld werden demnächst auch in Deutschland viele Unternehmen in die Insolvenz gehen. *„Der Finanzkrise folgt also nicht nur eine Wirtschafts-, sondern auch eine Sozialkrise, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat“*, sagte IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn dem *Spiegel* (Heft 38/2009, Seite 121). Und daher werde die Arbeitslosigkeit weiter ansteigen. Mitte 2010 werde sie am höchsten sein, konstatiert Strauss-Kahn.

Die **OECD** erwartet für 2010 in Deutschland ein Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 12 %, was mehr als 5 Mio. Arbeitslose bedeutet. In den nächsten Monaten werden also mehr als 1,5 Millionen Menschen ihren Job verlieren, nur weil die Banker ‚Casino‘ spielen und ihnen keiner auf die Finger schaute. Dadurch wird die Armut auch hierzulande, die sich bereits aufgrund unzulänglicher Hartz-Gesetzgebung ([02][03], z. B. unterbezahlte Mini-Jobs und 1-Euro-Jobs) eingestiegen hat, weiter steigen.

Das DeutschlandRadio Kultur hat in der letzten Nacht in einer „Lange Nacht von der Armut“ schon mal den bereits heute von der Politik erreichten Zustand in vielen Einzelheiten beschrieben. Die Wut der zu Wort gekommenen Betroffenen ist verständlich, und sie wird ebenfalls ansteigen, zumal falls tatsächlich Schwarz-Gelb das Land nicht christlich sondern marktradikal regieren sollte.

Das 1. Jahr nach dem L-Crash

► 21.–26.9.2009 (khd). Nach gut einem Jahr der Beobachtung endete vor einer Woche mein 4. Krisen-Blog [10] zur Finanzkrise alias Finanzmarktkrise alias Bankenkrise alias Wirtschaftskrise alias System-

krise. Die Weltwirtschaftskrise II hat sich allerorten verschärft, und ein Ende ist noch immer nicht absehbar, auch wenn manche kleine Anzeichen auf eine Verbesserung hindeuten mögen. Daß die Aktienkurse an den Börsen wieder neuen Höhen zustreben, sagt jedenfalls recht wenig über die wahre Situation der Volkswirtschaften aus. Nur 1 Jahr nach dem Lehman-Crash haben sich die Finanzmärkte und die Wirklichkeit schon wieder entkoppelt. Und da das Spekulieren wieder ‚in‘ ist, droht bereits die nächste Krise.

Irgendwie haben bislang alle Konjunkturprogramme noch nichts gebracht, es sei denn, daß sie Schlimmeres verhindert haben könnten. Das liegt vor allem daran, daß wir es diesmal mit einer im Bankenbereich selbst ausgelösten sehr fundamentalen Krise des Finanzsystems zu tun haben. Eine solche Krise kann nicht nur mit dem Kurieren an Symptomen bewältigt werden. Es bedarf eines fundamentalen Ansatzes, um das Finanzsystem auf solidere Füße zu stellen. Aber davon ist bislang kaum etwas zu erkennen, ob-

wohl die G20-Länder bereits dreimal konferierten (Washington 2008, London und Pittsburgh 2009). Die Regierungen der 20 wichtigsten Länder (G20) sind noch nicht bereit, weltweit auf das Modell einer „Sozialen Marktwirtschaft“ zu setzen. Aber selbst in Deutschland wird davon sehr viel geredet, aber kaum danach politisch gehandelt.

„Was wir jetzt ganz dringend brauchen, das ist eine Rückverteilung von oben nach unten!“

Das sagen im Herbst 2009 große Teile der Nicht-Wähler plus Wähler der SPD + Linken + Grünen. Zusammen werden diese zwar nach der Bundestagswahl die Mehrheit haben, aber wieder nicht regieren können.

Wie es nun weitergeht, soll im folgenden 5. Krisen-Tagebuch beschrieben werden, das mit der 54. Woche nach dem Lehman-Crash („L-Crash“) beginnt, und in dem vor allem über die Entwicklung der sozialen Folgen der Finanzmarktkrise sowie dem Ausmaß und die weitere Entwicklung der Weltwirtschaftskrise II berichtet werden soll. Im 2. Jahr der eigentlichen Krise soll aber nur noch über als besonders wesentlich erachtete Ereignisse berichtet werden.

Tempi passati?

Erinnerung an Parolen des Neo-Liberalismus

BERLIN – 21.9.2008 (pep/khd-research). Wie hießen doch gleich die vielen ‚Lehrsätze‘ des ungezügeltten Wirtschaftswahns, die nun über Nacht nicht mehr gepriesen werden?

- *Der Markt reguliert sich selbst.*
- *Eingriffe des Staats schaden der Wirtschaft.*
- *Die Privatisierung staatlicher Unternehmen nutzt den Kunden.*
- *Verstaatlichung ist Sozialismus.*
- *Von der Globalisierung profitieren alle.*
- *Hedge-Fonds sind nützlich für die Wirtschaft.*
- *Wer ein hohes Risiko trägt, muß auch hoch bezahlt werden.*
- *Jede(r) ist seines Glückes Schmied.*
- *In der Krise ist der Staat nicht die Lösung, sondern das Problem.*

13. Monat nach dem L-Crash 54. Woche nach dem L-Crash

► 21.09.2009 (khd/sp). Im aktuellen *Spiegel* (Heft 39/2009, ab Seite 152) wird im Artikel „**Im Kuckucksnest des Kapitalismus**“ eine Innenansicht der deutschen Tochter von Lehmen Brothers geliefert. Und daraus ergibt sich, daß diese famosen Banker nicht einmal eine ordentliche Buchführung vornahmen.

► 21.09.2009 (khd/info-radio). **In Deutschland sind die Reallöhne weiter gesunken.** Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, haben die Arbeitnehmer im laufenden Jahr im Schnitt 1,2 % weniger in den Taschen. Gründe für den Rückgang seien gefallene Nominallöhne, die verstärkte Kurzarbeit und gestrichene Sonderzahlungen, heißt es. Sinkende Löhne hat es in Deutschland bislang nur selten gegeben.

► 22.09.2009 (khd/hbl/info-radio). Die **Bundesagentur für Arbeit (BA) fordert staatliche Unterstützung.** Die enormen Kosten durch die Weltwirtschaftskrise würden bislang ganz alleine von den Beitragszahlern geschultert, obwohl hierfür die Steuerzahler geradestehen müßten. Der BA-Verwaltungsrat hat deshalb an Bundeskanzlerin Merkel geschrieben und darin die Forderung nach Zuschüssen des Bundes erhoben.

Eine Rückzahlung der bislang nur als Darlehen gewährten Unterstützung des Bundes wäre demnach „ohne eine deutliche Beitragsanhebung beziehungsweise arbeitsmarktpolitische Leistungseinschnitte völlig illusorisch“, heißt es in dem Schreiben. Das Bundeskanzleramt lehnte eine Stellungnahme zu dem (brisanten) Schreiben ab.

► 23.09.2009 (khd/d-funk). **Bisher 4,8 Mrd. Euro Staatshilfe:** Aus dem „Deutschlandfonds“ der Bundesregierung wurden bislang 2,64 Mrd. Euro an Krediten über die KfW-Staatsbank sowie 2,21 Mrd. Euro an Bürgschaften ausgegeben, wie heute das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte. In mittelständische Unternehmen flossen etwa 3 Mrd. Euro. Der im März 2009 im Rahmen des Konjunkturpakets II gestartete Deutschlandfonds hat ein Volumen von 115 Mrd. Euro.

► 24.09.2009 (khd/tsp/d-radio). Vor dem Abflug nach Pittsburgh zum Weltfinanzgipfel der G20-Staaten haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) **klare Beschlüsse zur Reform der Finanzmärkte verlangt:** „Wir haben uns als Bundesregierung vorgenommen, daß wir die richtigen Lehren aus der Krise ziehen“, sagte die Kanzlerin. Man wolle daraufhinwirken, daß keine Bank mehr so groß sein dürfe, daß sie Staaten erpressen könne. „Das ist für mich der wichtigste Punkt“, sagte Merkel.

► 24.+25.09.2009 (khd/tsp/d-radio). **3. Weltfinanzgipfel der G20:** In Pittsburgh (USA) wollten die G20-Länder endlich neue strenge Regeln für die globale Finanzwelt beschließen und damit ihren Ankündigungen von Washington (15.11.2008) und London (2.4.2009) Taten folgen lassen.

Aber es kam nur ein recht bescheidenes Ergebnis heraus. Zwar beschlossen die G20 einige konkrete Schritte zur Verschärfung der Regulierung der Finanzmärkte, aber überzeugend wirkt das alles noch nicht.

Geeignet haben sich die G20 auf schärfere Vorschriften für die Eigenkapitaldeckung bei Banken, eine

Begrenzung der Boni für Banker, eine Vereinheitlichung der Buchhaltungsstandards sowie eine Reform der Stimmrechte des IWF. Das nächste G20-Treffen soll im April 2010 in Südkorea stattfinden. [Schöne neue Weltordnung][16]

► 27.09.2009 (khd/d-radio). **Bundestagswahl in Deutschland:** Die Große Koalition geht zu Ende. Die Union (CDU + CSU) plus FDP werden die nächste Bundesregierung bilden. Die SPD erzielte ein desaströses Wahlergebnis und muß zusammen mit der Linken und den Grünen in die Opposition. [Die Bundeswahl 2009][17]

55. Woche nach dem L-Crash

► 28.09.2009 (khd/d-funk). **Zwei Bundesländer sind besonders hart von der Wirtschaftskrise betroffen:** Baden-Württemberg und das Saarland. Dort stürzte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im 1. Halbjahr 2009 um 10,1 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ab. Andere kamen glimpflicher davon. Dazu gehört auch Berlin, das nur um 2,3 % abstürzte, da es hier wenig Industrie gibt und die Dienstleistungsbranche mit 80 % dominiert.

► 28.09.2009 (khd/wiwo). Der Insolvenz-Beauftragte für Arcandors Versandhandelsparade Primondo will die Unternehmensgruppe mit dem Flaggschiff **Quelle nicht an einen ‚Heuschrecken‘-Investor** verkaufen. „Wir suchen keine Heuschrecke, die nur auf die schnelle Rendite schaut“, sagte Jörg Nerlich der *WirtschaftsWoche*. Die Heuschrecken Cerberus und Golden Gate sollen sich bereits für eine Übernahme von Quelle interessiert gezeigt haben.

► 30.09.2009 (khd/tsp/d-funk). **Der deutsche Maschinenbau ist in den letzten Monaten abgestürzt.** Im August 2009 wurde ein Auftragsrückgang von 43 % gegenüber 2008 verzeichnet, teilte der Verband VDMA in Frankfurt am Main mit. Man hoffe aber, daß nun die Talsohle erreicht sei. Eine Rückkehr zum Wachstum sieht diese wichtige Exportbranche jedoch noch nicht. Deshalb werde man weiter Stellen abbauen müssen, heißt es.

► 01.10.2009 (khd/bztg/dw). **400 Milliarden Euro Banken-Verluste drohen:** Ein Streßtest der EU bei 22 führenden Banken Europas ergab, daß wegen der Finanzkrise im schlimmsten Fall insgesamt Verluste von bis zu 400 Mrd. Euro möglich sein könnten. Das Verlustszenario umfaßt den Zeitraum 2009/10 und geht von sehr schlechten Wachstumserwartungen für die EU aus.

► 01.10.2009 (khd/d-funk). **Massiver Umsatzrückgang im deutschen Einzelhandel:** Das Statistische Bundesamt hat auf der Grundlage vorläufiger Zahlen den stärksten Rückgang seit Anfang 2008 festgestellt. Mit dem 4. Rückgang in Folge lag der Umsatz zu aktuellen Preisen um 3,5 % unter dem August 2008. In einzelnen Branchen wurden sogar Umsatzeinbrüche um 8,3 % beobachtet. Ob das ein Vorbote einer deflationären Entwicklung ist, sei noch unklar. Vielleicht warten viele Kunden darauf, daß manches noch billiger wird.

► 02.10.2009 (khd/d-radio). Am Hamburger Thalia-Theater erlebt Elfriede Jelineks Theaterstück zur Finanzkrise – „**Die Kontrakte des Kaufmanns**“ – eine umjubelte Premiere. Literaturnobelpreisträgerin Jelinek hatte das Stück seit seiner Urlesung mehrfach fortgeschrieben. In dieser ‚Wirtschaftskomödie‘ prangert die Schriftstellerin nicht nur betrügerische Banker, sondern auch gierige Kleinanleger an, die sich ein „Nichts“ für reales Geld andrehen ließen.

► 03.10.2009 (khd/d-radio). Die G7-Finanzminister haben bei ihrer Tagung in Istanbul vereinbart, daß alle aufgelegten **Hilfsprogramme vorerst bestehen bleiben**. Zunächst müsse „die Erholung der Wirtschaft sichergestellt“ sein, teilten die Finanzminister und Notenbankchefs der G7 mit.

56. Woche nach dem L-Crash

► 05.10.2009 (khd/d-radio). **Letzte Hauptversammlung der Hypo Real Estate (HRE).** Auf ihr wurden per Squeeze-out alle noch verbliebenen Privat-Aktionäre aus der Bank gedrängt. Sie werden mit 1,30 Euro pro Aktie entschädigt. Damit ist die Verstaatlichung der HRE perfekt. Auch eine Wahlerfolgstrunkene FDP konnte das nicht verhindern. Die HRE soll jetzt von der Börse genommen, mit weiteren Staatsgeldern in Milliardenhöhe versorgt, gründlich saniert und dann wieder verkauft werden.

► 05.10.2009 (khd/d-funk). **Bundespräsident Köhler warnt Schwarz-Gelb,** bei der weiteren Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise zu stark auf das „Prinzip Hoffnung“ (beim Wachstum) zu setzen. Es sei Zeit, darüber nachzudenken, ob ein schlichtes „Immer-mehr“-Denken die Zukunft gewinnen kann, sagte der Bundespräsident in seiner Festrede zum 60-jährigen Bestehen des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) in Berlin.

► 05.10.2009 (khd/d-radio). In Berlin beginnen die **Koalitionsverhandlungen zwischen CDU, FDP und CSU** zur Bildung einer neuen Bundesregierung.

► 06.10.2009 (khd/welt). Nach Angaben der Weltbank sind die **Armuts-Folgen der Finanzkrise** besonders deutlich in den Entwicklungs- und Schwellen-Ländern zu beobachten. Rund 90 Mio. Menschen sind hier bislang wieder in die absolute Armut zurückgefallen. Die Kapitalströme von den Industrie- in die armen Länder sind ganz massiv eingebrochen.

Während im Jahr 2007 insgesamt rund 900 Mrd. Dollar zur Verfügung standen, fließt jetzt nur noch 25 % des Geldes in die betroffenen Länder. Der Tagesverdienst der ärmsten Einwohner dieser Staaten liegt unter 1,25 Dollar.

► 06.10.2009 (khd/d-radio). **Lettland steht vor dem Abgrund**: Der lettische Notenbankchef bezeichnete die Wirtschaft Lettlands als „klinisch tot“. Täglich gehen gut 200 Firmen bankrott, über 17 % beträgt derzeit die Arbeitslosigkeit. Die Wirtschaft ist allein im 1. Quartal 2009 um 18 % geschrumpft.

► 06.10.2009 (khd/nzz/d-radio). Angesichts der Wirtschaftskrise will der **Internationale Währungsfonds (IWF) mehr Kompetenzen**. „Wir brauchen ein breiteres Mandat“, sagte IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn heute auf der Jahrestagung von IWF und Weltbank in Istanbul. Am Rande der Tagung kam es zu Demonstrationen mit Krawallen. Der IWF gilt vielen Aktivisten als Symbol für den globalen Kapitalismus, weil seine Unterstützung für arme Staaten lange Zeit an strenge und sehr schmerzhaftige Wirtschaftsreformen gekoppelt war.

► 06.10.2009 (khd/d-funk). Die Weltwirtschaftskrise hat einen positiven Nebeneffekt: Der **Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO2)** wird in diesem Jahr um 3 % zurückgehen. Das sei der größte Rückgang seit 40 Jahren, berichtet die Internationale Energieagentur (IEA) in einer Studie.

► 07.10.2009 (khd/d-radio). Am „**Welttag für menschenwürdige Arbeit**“ des internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB) protestieren im Norden rund 15.000 Auszubildende für bessere Berufsaussichten. Unbezahlte Praktika, Leiharbeit, befristete Stellen und schlechte Bezahlung seien bei jungen Menschen nicht mehr die Ausnahme, sondern die Regel, teilte die IG Metall Küste mit.

Schon jetzt arbeiteten 30 % der Unter-35-Jährigen zu unzumutbaren prekären Bedingungen. In Berlin

sagte DGB-Vorsitzende Michael Sommer, überall auf der Welt werde menschenwürdige Arbeit gebraucht, „die nicht wie Dreck behandelt wird“. Sommer bezeichnete Hartz IV als „organisierte Armut“.

► 08.10.2009 (khd/tsp). Mittelständische Unternehmen werden 2009 rund 700.000 Mitarbeiter entlassen. Das schätzen Creditreform-Experten, denn der deutsche **Mittelstand steht vor einer Pleitewelle**. Etwa 35.000 Unternehmen sind von den Auswirkungen der Finanzkrise betroffen, 2010 können sogar um die 40.000 weitere Pleiten erfolgen.

► 08.10.2009 (khd/dw). Der **US-Haushalt schließt mit einem Rekorddefizit ab**. In den USA endete das bis zum 30. September laufende Haushaltsjahr 2008/09 mit einem Defizit (nach vorläufigen Zahlen) von 1,4 Billionen Dollar (1.400 Mrd. Dollar). Das sind 9,9 % des BIPs. Ein solches Niveau gab es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Grund seien die Bankenpleiten, Konjunkturprogramme und einbrechende Steuereinnahmen, teilte der US-Kongress mit.

► 10.10.2009 (khd/tsp/cnn). **Der Goldpreis erreicht immer neue Rekorde**. Das Publikum ist zutiefst mißtrauisch gegenüber der eingeschlagenen Finanzpolitik allerorten. Am 8. Oktober 2009 wurde das Gold mit einem Höchstpreis von 1050 US-Dollar pro Feinunze (31,1 g) notiert. Das sind rund 33.760 US-Dollar pro kg. Der Grund liegt vor allem in der anhaltenden Schwäche des Dollars wg. der enormen Verschuldung der USA. Es gibt jetzt Prognosen, daß der Goldpreis demnächst sogar auf 1400 US-Dollar und höher steigen könnte.

Wegen des gleichzeitigen Kurs-Verfalls des Dollars gegenüber dem Euro hat der Goldpreis in Euro aber kein Allzeithoch erreicht. Mit rund 710 Euro pro Feinunze liegt der Goldpreis jetzt noch gut 80 Euro niedriger als beim letzten Hoch im Februar 2009 (793 Euro). Im Jahr 2008 standen weltweit 3436 Tonnen Gold zur Verfügung, davon rund 70 % als neues Gold aus Minen und 30 % aus dem Recycling. Der gesamte Weltbestand an Gold ist nicht bekannt.

57. Woche nach dem L-Crash

► 15.10.2009 (khd/vzbv). **Deutsche Finanzaufsicht in der Kritik**: In Deutschland hinkt die Finanzaufsicht beim Verbraucherschutz anderen europäischen Ländern hinterher und steht nicht im Einklang mit der europäischen Gesetzgebung. Zu diesem Ergebnis kommt ein von der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) in Auftrag gegebenes Gutachten. „Die

neue Bundesregierung muß diese Regelungslücke dringend schließen“, fordert Vorstand Gerd Billen. Dabei müsse Verbraucherschutz ein gleichberechtigtes Aufsichtsziel werden.

Es dürfen künftig Finanz-Produkte und Anbieter in keinem Geschäftsbereich mehr ohne Zulassung und Aufsicht sein. Dies betreffe insbesondere den sogenannten Grauen Kapitalmarkt, der bisher weitgehend kontrollfrei existiert. Notfalls müsse die Finanzaufsicht auch befugt sein, bestimmte Geschäftsmodelle zu untersagen, fordern die Verbraucherschützer.

14. Monat nach dem L-Crash

► 16.10.2009 (khd/tsp). Berlins *Tagesspiegel* titelt: „Schwarz-Gelb erklärt das Ende der Krise“. „Union und FDP erhoffen sich durch die anspringende Konjunktur mehr Spielraum für ihre Steuerpolitik“, heißt es weiter. Allerdings wurde zuletzt nur eine minimale Verbesserung des deutschen BIPs um 0,3 % festgestellt. Erst 2010 werde sich zeigen, ob dieser Optimismus von Schwarz-Gelb gerechtfertigt war, sagen unabhängige Marktbeobachter.

► 16.10.2009 (khd/d-funk). **Mehr als 1 Milliarde Menschen hungern.** UNO und Welthungerhilfe schlagen Alarm: Noch nie haben so viele Menschen gehungert wie derzeit. Das ist statistisch gesehen jeder 6. Mensch auf der Erde. Hauptgrund für diese negative Entwicklung sei die Weltwirtschaftskrise, erklärte die UNO-Organisation FAO. Weil die Entwicklungsländer stärker in die Weltwirtschaft integriert seien als noch vor 20 Jahren, seien sie auch viel anfälliger für Krisen auf den internationalen Märkten.

58. Woche nach dem L-Crash

► 19.10.2009 (khd/sp). In deutschen Banken schlummern mindestens noch **Risiken im Werte von 650 Mrd. Euro.** Das zitiert der *Spiegel* (Heft 43/2009, Seite 74) aus einer aktuellen Analyse der US-Bank Merrill Lynch. Das Papier sorgte in der Bundesregierung für Besorgnis. Merrill Lynch bezifferte den akuten Wertberichtigungsbedarf auf rund 60 Mrd. Euro, was 75 % des Eigenkapitals entspreche. Besonders betroffen sind: WestLB, Commerzbank, ING-Bank, BayernLB und LBBW.

► 19.10.2009 (khd/d-radio). **Für das Versandhaus Quelle ist das endgültige Aus gekommen.** Es gab keinen Investor, der die Arcandor-Tochter Primondo (Quelle-Dachgesellschaft) komplett kaufen wollte. Das teilte heute Abend der Insolvenzverwalter Görg

(des Mutterkonzerns Arcandor) mit.

Ein unternehmerischer Investor hatte sich nicht für Quelle interessiert. Und sogar Heuschrecken wie Golden Gate, Sun Capital, TPG und Cerberus zogen sich ganz schnell wieder zurück. Die Lage bei Quelle muß total desolat gewesen sein. Mit dieser Pleite werden mindestens 10.000 Arbeitslose erzeugt. 4000 Quelle-Mitarbeitern ist bereits zum 1. November gekündigt worden. Der große Ausverkauf beginnt.

► 20.10.2009 (khd/info-radio). **BAFin-Chef sagt Bankensterben voraus.** Jochen Sanio befürchtet, daß demnächst in Deutschland erneut Banken in Schwierigkeiten geraten könnten, denn das deutsche Bankensystem habe noch Überkapazitäten. Konkrete Namen nannte er nicht.

Der BAFin-Chef fordert deshalb die Abwicklung von nicht überlebensfähigen Banken durch den SoF-Fin als ausgebaute Behörde mit stärkeren Befugnissen.

► 20.10.2009 (khd/zt). Die EU richtet einen **Weisenrat für Systemrisiken** ein. Dieser wird bei der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt am Main angesiedelt. Der Rat solle rechtzeitig Gefahren für das Finanzsystem als Ganzes erkennen, erhoffen sich die EU-Finanzminister.

Der Weisenrat ist Teil eines ehrgeizigen Maßnahmenkatalogs der EU. Das gesamte Gesetzespaket zur Verschärfung der Finanzaufsicht soll im Dezember vereinbart werden. Dazu gehören auch 3 EU-Behörden zur Kontrolle der Banken- und Versicherungsbranche sowie des Wertpapierhandels.

► 21.10.2009 (khd/ftd). **Schweden führt eine Stabilitätsgebühr ein.** Auf die jeweiligen Bankverbindlichkeiten wird eine Abgabe von 0,036 % fällig. Damit soll ein Kapitalstock angespart werden, der in Zeiten einer Finanzkrise zum Retten systemrelevanter Banken zur Verfügung steht. „Das Finanzsystem sollte in der Zukunft die eigentlichen Kosten tragen, die es der Gesellschaft aufbürdet“, sagen die Schweden und empfehlen, eine solche Gebühr weltweit einzuführen.

Da damit – anders als bei einer Transaktionssteuer (Tobin-Steuer, Börsenumsatz-Steuer) – der Transaktionsumsatz nicht bestraft wird, belaste es auch nicht die Liquidität, womit diese Gebühr auch nicht zur Abwanderung in andere Finanzzentren ermutige, heißt es.

► 24.10.2009 (khd/d-radio). **80. Jahrestag des großen Börsen-Crashes** an der Wall Street in New York. Damit begann 1929 die 1. Weltwirtschaftskrise. Der spekulativ völlig überbewertete Aktienmarkt der USA brach schlagartig zusammen, was weltweit viele Volkswirtschaften in schlimme Krisen stürzte. Es kam unter anderem zu Massenarbeitslosigkeit und einem massiven Rückgang des Welthandels. Es dauerte viele Jahre und bedurfte enormer Anstrengungen, bis sich die Weltwirtschaft wieder erholte.

59. Woche nach dem L-Crash

► 26.10.2009 (khd/d-funk). Die neue Regierungskoalition will die **Aufsicht über die Banken** bei der Deutschen Bundesbank konzentrieren. Damit droht der Bonner Bundesanstalt für Finanzaufsicht (BAFin) ein erheblicher Verlust an Kompetenzen. Streit gibt es darüber, wer künftig die Versicherer überwachen soll. Unklar ist auch noch, wie und wer den Grauen Finanzmarkt kontrollieren wird.

► 27.10.2009 (khd/sp). Kommentatoren weisen auf eine sich abzeichnende **Inflations-Gefahr** hin. Zwar verbreite Schwarz-Gelb Optimismus, aber die deutsche Wirtschaft sei noch lange nicht gesund. Denn die Geldmenge wachse zu schnell, die Arbeitslosigkeit steige, weltweit flüchteten sich Regierungen in Protektionismus. Deutschland drohe ein Mini-Wachstum bei steigenden Preisen und dann die Stagflation (Stagnation + Inflation), heißt es bei Spiegel-Online: [Warum Deutschlands Motor noch lange stottert][18].

► 28.10.2009 (khd/d-radio). Nach der Bundestagswahl vom 27.9.2009 wurde Dr. Angela Merkel (55) heute vom Deutschen Bundestag zur **Bundeskanzlerin wiedergewählt**. Sie erhielt aber nur 323 Stimmen (51,9 %). Die „Wunschkoalition“ aus CDU/CSU + FDP stimmte also nicht geschlossen für Merkel, denn sie hat zusammen 332 Abgeordnete im Parlament. Am Nachmittag erfolgte die Vereidigung des neuen Bundeskabinetts [17].

► 28.10.2009 (khd/d-radio). Die schwarz-gelbe **Bundesregierung ist vereidigt**. Nun kann sie ihren – wie im Wahlkampf versprochen – „energischen Kampf“ gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise aufnehmen. Als erstes ist ein „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ geplant, das bereits zum 1. Januar 2010 in Kraft treten soll.

Ob damit die Nachfrage deutlich angeregt werden kann, muß abgewartet werden. Vermutlich wird die FDP versuchen, im Gesetz bereits etwas von ihrer

Klientel-Politik zu realisieren, was dann kaum der Allgemeinheit dienen dürfte.

► 30.10.2009 (khd/d-radio). **Abkehr vom Zins? Ein** Initiativkreis aus christlichen Ökonomen und Theologen schlägt an der Paulskirche in Frankfurt am Main **„9,5 Thesen gegen Wachstumswang und für ein christliches Finanzsystem“** an. Darin fordern sie die Kirchen auf, aus dem Zinssystem auszusteigen. *„Zins und Zinseszins lassen Geldvermögen wachsen und setzen die Wirtschaft unter einen Wachstumswang. Als Christen müssen wir aus dem gegenwärtigen Finanzsystem ausscheren“*, heißt es. [Wozu brauchen wir eigentlich Zinsen?][19]

► 01.11.2009 (khd/ftd). **Großbritannien muß Großbanken zerschlagen**. Großbritannien will auf Druck der EU für mehr Banken-Wettbewerb sorgen. Deshalb sollen insgesamt rund 700 Filialen der Royal Bank of Scotland (RBS), der Lloyds Banking Group und der Northern Rock, an denen derzeit der Staat beteiligt ist, an ausländische Konkurrenten verkauft werden. So sollen „etwa drei neue Bankmarken“ geschaffen werden, sagte Schatzkanzler Alistair Darling.

60. Woche nach dem L-Crash

► 03.11.2009 (khd/d-radio). **Der EU-Reformvertrag von Lissabon nimmt seine letzte Hürde**. Als 27. EU-Land ratifiziert Tschechien den Vertrag. Nachdem am Vormittag das tschechische Verfassungsgericht in Brünn grünes Licht gegeben hatte, unterzeichnete am Nachmittag Präsident Vaclav Klaus (widerwillig) das Reformwerk. Damit kann der Lissabon-Vertrag – mit 11 Monaten Verzögerung – zum 1. Dezember 2009 europaweit in Kraft treten.

► 03.11.2009 (khd/info-radio). **General Motors (GM) will Opel behalten**. Das entschied heute der GM-Verwaltungsrat in Detroit. Damit ist der geplante Verkauf von Opel an Magna & Co. geplatzt. GM will nun Opel mit 3 Mrd. Euro selbst sanieren. 10.000 Opel-Mitarbeiter sollen ihre Arbeitsplätze verlieren. GM/Opel muß jetzt bis Ende November den deutschen Überbrückungskredit in Höhe von 1,5 Mrd. Euro zurückzahlen und kann kaum noch mit der von Deutschland zugesagten Staatshilfe in Höhe von 4,5 Mrd. Euro rechnen.

► 05.11.2009 (khd/bbc). **Die Bank of England kauft weitere Giftpapiere auf**. Die britische Notenbank will in den nächsten 3 Monaten erneut Wertpapiere für bis zu 25 Mrd. Pfund aufkaufen, um der Kreditklemme Herr zu

werden. Erst kürzlich hatten sie ein Aufkauf-Programm über 175 Mrd. Pfund abgeschlossen. Das gesamte Volumen von 200 Mrd. Pfund entspricht mehr als 14 % der britischen BIPs. Es könnte sein, daß diese Geldspritze noch nicht ausreicht, denn Großbritannien wurde von der Finanz- und Wirtschaftskrise besonders hart getroffen.

► 06.11.2009 (khd/d-funk). **In Deutschland rollt die Insolvenzwelle.** Die Wirtschaftskrise treibt die Zahl der zahlungsunfähigen Unternehmen weiter in die Höhe. Im August stieg nach Angabe des Statistischen Bundesamts die Zahl der Pleiten um 12,3 % gegenüber dem Vorjahresmonat an. Die damit verbundenen Forderungen von Gläubigern erhöhte sich auf 4,3 Mrd. Euro. Ein Ende der Pleitenwelle ist nicht in Sicht.

► 06.11.2009 (khd/d-radio). Mit einer **Arbeitslosenquote von 10,2 % in den USA** wird ein neuer Höchststand erreicht, obwohl sich bereits in den USA die Wirtschaft wieder etwas erholt hat. Die US-Regierung plant nun ein weiteres Programm zur Ankurbelung der Konjunktur.

61. Woche nach dem L-Crash

► 09.11.2009 (khd/d-funk). **Das Bundeskabinett beschließt ein Konjunkturpaket III**, das es „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ nennt. Selbst der schwarz-gelben Regierung wohlgesonnene Ökonomen schütteln darüber den Kopf. Denn der Gesetzentwurf enthält neben einer minimalen Erhöhung des Kindergelds auch einen neuen Subventionstatbestand, der vermutlich einen Steuerausfall von etwa 5 Mrd. Euro pro Jahr bewirken wird. Die Lobbyisten-gesteuerte FDP hat durchgesetzt, daß für die Hotel-Branche der Mehrwertsteuersatz ab 2010 von 19 auf 7 % herabgesetzt wird.

Die FDP will also das Schlafen in Hotel-Betten subventionieren! Und die Union läßt das zu. Es bleibt ein absolutes Rätsel, wie in diesen Krisenzeiten so etwas ein deutliches Wirtschaftswachstum hervorrufen kann. Wie soll damit eine große Nachfrage erzeugt werden? Die FDP hatte im Sommer noch lautstark gegen die Abwrackprämie bei den Autos gewettert, aber nun produziert sie ähnlich Dummes. Der *Spiegel* vom 16.11.2009 beschreibt, wie es zu diesem FDP-Coup „gegen alle ökonomische Vernunft“ kam (Heft 47/2009, Seite 82).

► xxx

Weiter geht es derzeit im Internet unter:
http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_40.html#FK_849

Erschienene Teile des Krisen-Tagebuchs

- 0. Teil:** » **Der Markt hat's nicht gerichtet.**
Die Situation nach dem Crash der US-Investmentbank Lehman Brothers vom 15. September 2008. Vom Versagen angelsächsischer Wirtschaftspolitik.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf (9 Seiten, 180 kByte)
- 1. Teil:** » **Und die Finanzkrise geht weiter.**
Die ersten 56 Tage nach dem Lehman-Crash vom 15. September 2008.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf (26 Seiten, 232 kByte)
- 2. Teil:** » **Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise.**
Ab der 9. Woche (11.11.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf (34 Seiten, 280 kByte)
- 3. Teil:** » **Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten.**
Ab der 15. Woche (25.12.2008) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf (38 Seiten, 316 kByte)
- 4. Teil:** » **Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise.**
Ab der 27. Woche (16.3.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf (50 Seiten, 520 kByte)
- 5. Teil:** » **Und nun die Sozialkrise.**
Ab der 54. Woche (21.9.2009) nach dem Lehman-Crash.
Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Pub/PM_083.pdf (10 Seiten, 80 kByte)

Mehr zu diesem Thema (Links)

- [00] Die Vergabe der Nummer erfolgt demnächst.
- [01] [12.08.2004: Nur die Reichen werden reicher] (DIE ZEIT)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_02.html#ZEIT_04_2
- [02] [27.12.2005: Hartz-Reformen werden zum Debakel] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_02.html#Hartz_Deb
- [03] [16.10.2006: Hartz IV ist für viele eine Lebenslüge] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Archiv/Arbeitslos_03.html#TASP_2
- [04] [2007–2008: Finanzkrise 2007/2008] (WIKIPEDIA — Die freie Enzyklopädie)
URL: http://de.wikipedia.org/wiki/Finanzkrise_2007/2008
- [05] [15.09.2008: Ein Finanzkrisen-Blog] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf
- [06] [20.09.2008: Der Markt hat's nicht gerichtet] (khd-Page)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_068.pdf
- [07] [09.11.2008: Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf
- [08] [25.12.2008: Die größte Weltwirtschaftskrise aller Zeiten] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_071.pdf
- [09] [16.02.2009: Gefahr für den Euro] (khd-page)
URL: <http://www.khd-research.net/Welcome/News18.html#13>
- [10] [16.03.2009: Es ist eine fundamentale Finanzsystemkrise] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_075.pdf
- [11] [03.05.2009: Ihr Einsatz, bitte! — Die Banken zocken wieder] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_37.html#TASP_3
- [12] [20.06.2009: Hirnforscher führt Finanzkrise auf angeborene Gier nach Geld zurück] (HEISE-TICKER)
URL: <http://www.heise.de/newsticker/meldung/140828>
- [13] [12.07.2009: Essay von Ralf Dahrendorf: Die verlorene Ehre des Kaufmanns] (DER TAGESSPIEGEL)
URL: http://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/art271_2845452_oder_gespiegelt
- [14] [14.09.2009: Die Lehman-Lügen] (FRANKFURTER RUNDSCHAU)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/PSK/Politik_skandaloes_40.html#FR_1
- [15] [16.09.2009: OECD warnt vor erhöhtem Armutsrisiko] (NEUE ZÜRCHER ZEITUNG)
URL: http://www.nzz.ch/finanzen/nachrichten/oeed_rechnet_nicht_mit_schneller_erholung_am_arbeitsmarkt_1.3577965.html
- [16] [25.09.2009: G20-Gipfel in Pittsburgh: Schöne neue Weltordnung] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,656760,00.html>
- [17] [27.09.2009: Die Bundestagswahl 2009] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Politik/Ex/BT-Wahl_2009.html
- [18] [27.10.2009: Warum Deutschlands Motor noch lange stottert] (SPIEGEL-ONLINE)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,656760,00.html>
- [19] [30.10.2009: Wozu brauchen wir eigentlich Zinsen?] (evangelisch.de)
URL: <http://www.evangelisch.de/themen/wirtschaft/wozu-brauchen-wir-eigentlich-zinsen5622>
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:
- [00] [00.00.0000: xxx] (xxx)
URL:

Quellen-Angaben: Bei jedem Eintrag sind hinter dem Datum in (...) abgekürzt die Quellen angegeben. Im Internet gibt es dazu ein Verzeichnis der Bedeutung dieser Abkürzungen. Außerdem sind dort auch Links zu den Agenturen bzw. Medien angebracht, so daß mit deren Suchmaschinen eine bestimmte Meldung (hoffentlich) gefunden werden kann. Dieses Verzeichnis ist zu finden unter folgendem Pfad (URL): http://www.khd-research.net/Abk/News_Quellen.html

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel (Kommentar) wurde erstmals in Nr. 651 der Ausgabe der »khd-Page« vom 20. September 2009 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News20.html#2> (dann immer den „weiter“ folgen).

* Dieses Krisen-Tagebuch wurde seit dem 16. September 2009 über mehrere Seiten der Dokumentationen „Politik skandalös“ verteilt im Internet publiziert. Start-URL siehe nebenan. Natürlich konnten nur die als besonders wichtig angesehenen Ereignisse notiert werden.